

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

158. Sitzung

Berlin, Freitag, den 18. Februar 2005

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 28 a und b auf:

- a) Erste Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Zweiten Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts**

– Drucksache 15/4834 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Helmut Heiderich, Peter H. Carstensen (Nordstrand), Marlene Mortler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Gentechnikgesetz wettbewerbsfähig vervollständigen

– Drucksache 15/4828 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Elvira Drobinski-Weiß, SPD-Fraktion.

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem das erste Gentechnikneuordnungsgesetz Anfang des Jahres in Kraft getreten ist, beraten wir heute unseren Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts sowie einen Antrag der CDU/CSU mit dem Titel „Gentechnikgesetz wettbewerbsfähig vervollständigen“.

Mit unserem Gesetzentwurf zur Neuordnung des Gentechnikrechts kommen wir unserer Verpflichtung nach, die EU-Freisetzungsrichtlinie in nationales Recht umzusetzen. Der heute eingebrachte Entwurf des Zweiten Gesetzes enthält im Wesentlichen **Verfahrenserleichterungen** und Verfahrensbeschleunigungen für gentechnische Arbeiten. Ich nenne hier einige Beispiele:

Für erste gentechnische Arbeiten in der Sicherheitsstufe 1 und weitere gentechnische Arbeiten in der Sicherheitsstufe 2 ist anstatt einer Anmeldung nur noch eine Anzeige der gentechnischen Arbeit vorgesehen. Das heißt konkret, dass der Betreiber sofort nach Eingang der Anzeige bei der Behörde und nicht wie bisher erst 30 Tage nach dem Eingang der Anmeldung bei der Behörde mit der gentechnischen Arbeit beginnen kann. Eine Vereinfachung ist auch, dass bestimmte Mikroorganismen aus dem Anwendungsbereich des Gentechnikgesetzes herausgenommen werden können, ohne dass für den Umgang mit solchen Organismen eine Melde- und Registerführungspflicht besteht.

Das müsste doch voll in Ihrem Sinne sein, meine Damen und Herren von der CDU/CSU; denn damit werden wir das Gentechnikgesetz wettbewerbsfähig vervollständigen. Dazu erwarten wir allerdings Ihre Unterstützung; denn uns einerseits dafür zu kritisieren, dass wir mit der Umsetzung in Verzug sind, und andererseits die Umsetzung zu blockieren, halte ich für unredlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Sie werfen uns in Ihrem Antrag vor – ich zitiere –, „aus rein politischen Gründen“ das Gesetz in zwei Teile gespalten zu haben. Uns aber ging es darum, schnellstmöglich **Rechtssicherheit** für die Betroffenen zu schaffen.

(Beifall der Abg. Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine rein taktische Blockade des Gesetzes durch die CDU/CSU-regierten Länder mit ihrer Mehrheit im Bundesrat drohte dies zu verhindern. Das war der Grund für die Teilung.

So ist der erste Teil des Gentechnikneordnungsgesetzes bereits in Kraft getreten. Wir gehören gemeinsam mit den Dänen und den Österreichern zu den Ersten, bei denen Koexistenzregelungen geltendes Recht sind. Das sind Regelungen, um die wir in anderen EU-Ländern beneidet werden. Letzte Woche hörte ich im Deutschlandfunk in einem Beitrag über die Koexistenzregelungen in den Niederlanden davon, wie ein Biobauer davon träumte, in einem Land wie Deutschland zu leben.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Er kann ja kommen!)

Er sagte – ich zitiere –: Da ist das alles sehr viel besser geregelt als bei uns. Wirklich wahr, ich wollte, ich wäre ein deutscher Biobauer. Der hat es sehr viel leichter als wir hier in Holland.

Wie groß auch in anderen EU-Ländern das Interesse ist, neben dem Gentechnikanbau auch den Fortbestand einer gentechnikfreien Landwirtschaft zu gewährleisten, zeigt das immer größer werdende Netzwerk **gentechnikfreier Regionen** in der EU. In Italien beispielsweise haben sich von 20 Regionen 14 für gentechnikfrei erklärt. Rund 50 gentechnikfreie Regionen – mit steigender Tendenz – sind es in Deutschland. Bis auf Sachsen, Thüringen und das Saarland gibt es sie in allen Bundesländern.

Anlässlich der Grünen Woche hat EU-Agrarkommissarin Fischer Boel zum Nebeneinander von gentechnikfreier und gentechnikanwendender Landwirtschaft erklärt: Wenn sich die Pflanzen erst einmal mischen, dann bekommt man sie nie wieder auseinander. – Auch deshalb war Eile geboten. Das hat sie mehrfach erklärt und das haben auch die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition gehört.

Uns ging es um ein zügiges Gesetzgebungsverfahren; denn wie Sie wissen, ist die Umsetzungsfrist für die EU-Freisetzungsrichtlinie im Oktober 2002 abgelaufen.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Eben!)

Die EU-Kommission hatte sich damals geweigert, EU-weit geltende Koexistenzregelungen zu schaffen. Das machte die Erarbeitung solcher Regelungen auf nationaler Ebene notwendig. Das ist eine schwierige und zeitaufwendige Arbeit, wie man auch daran sieht, dass die Mehrheit der EU-Länder noch nicht so weit ist wie wir. Nun hat Frau Fischer Boel während der Grünen Woche angedeutet, dass es eventuell doch zu EU-weit geltenden Regelungen für Koexistenz kommen würde. Das würden wir natürlich sehr begrüßen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Aber noch ist unklar, ob und wann es zu einem solchen Regelwerk kommen könnte. Deshalb müssen wir nun zügig auch den zweiten Teil unseres Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts auf den Weg bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir sind uns einig, dass wir dieses Gesetz schnellstmöglich brauchen. Mir scheint, wir sind in der Zielrichtung gar nicht weit auseinander.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Na!)

Wir wollen durch den vorliegenden Entwurf mit Verfahrensvereinfachungen bei gentechnischen Arbeiten die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Damit diese Vorteile möglichst bald genutzt werden können, bitte ich Sie, meine Damen und Herren von der Opposition: Unterstützen Sie unseren Gesetzentwurf und setzen Sie sich für ein zügiges Gesetzgebungsverfahren auf allen Ebenen ein!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Helmut Heiderich, CDU/ CSU-Fraktion.

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Es sind heute exakt 14 Tage, seit das neue Gentechnikgesetz in Kraft getreten ist, und schon kommen Sie mit dem Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das haben Sie uns doch aufgezungen!)

Allein diese kurzfristigen Versuche des Nachbesserns machen schon deutlich, welche einseitige Position Sie vertreten

(Beifall bei der CDU/CSU – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also echt!)

und dass Sie unablässig bemüht sind, der Gentechnik in Deutschland ein negatives Image anzuhängen.

Ich will vorab feststellen: Die ständige **Verunsicherung der Verbraucher** und der Bürger ist Ihnen offensichtlich wichtiger, als eine wettbewerbsfähige Position Deutschlands in einer anerkannten Zukunftstechnologie zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Es ist höchste Zeit, dass Sie hier und heute öffentlich feststellen, dass von der Gentechnik weder Gefahren für die Gesundheit der Bürger ausgehen noch Beeinträchtigungen der Umwelt entstehen und dass deren Produkte, ob das nun Futtermittel, Arzneimittel oder Lebensmittel sind, genauso sicher sind wie die bisherigen.

Ihr ständiges unbegründetes Risikogerede ist letztlich, wenn Sie das einmal durchdenken, nichts anderes als ein Affront gegen die Wissenschaft und gegen die eigenen Zulassungsbehörden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie machen den Menschen Angst, statt sie sachlich zu informieren. Anschließend nutzen Sie die Verunsicherung und sagen – das haben wir hier schon x-mal gehört –, soundso viel Prozent der Bevölkerung wollten keine Gentechnik, um damit wiederum Ihre eigene Verhinderungspolitik zu begründen. Das ist keine Innovationspolitik für Deutschland. Da müssen wir zu anderen Regeln kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Sagen Sie doch unseren Bürgern endlich einmal, wie umfassend die **wissenschaftlichen Kontrollen** sind und dass schon allein das deutsche Lebensmittelgesetz jedes neue Produkt verbietet, das irgendein Risiko für den Menschen wäre, ganz abgesehen davon – ich bitte Sie, sich das einmal anzusehen –, dass heute umfangreiche Prüfungen von der neuen europäischen Behörde EFSA vorgenommen werden müssen, ehe überhaupt ein Produkt für den Markt freigegeben werden darf.

Hören Sie also endlich auf mit Ihren Ablenkungsmanövern. Sie bemühen schon heute Länder wie Kanada, Argentinien und andere für Ihre Argumente. Sorgen Sie doch endlich dafür, dass in unserem Lande die Voraussetzungen geschaffen werden,

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Wir müssen die Fehler ja nicht wiederholen, Herr Kollege!)

dass solche Pflanzen auf deutschen Feldern wachsen können, dass deutsche Wissenschaftler diese begutachten können und dass wir deren Ergebnisse in die Gesetze und Verordnungen aufnehmen können, damit wir **wettbewerbsfähig** bleiben bzw. werden. Wir wollen nicht ständig Ihre Verhinderungstaktik hinnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist doch ganz offensichtlich, dass Sie hier im Deutschen Bundestag und in Deutschland ständig negativ über Gentechnik reden, Frau Künast aber dann, wenn es auf europäischer Ebene um Entscheidungen geht, klein beigibt und sich dort der Stimme enthält. Wenn sie also hier so furios gegen diese Technologie auftritt, warum schrumpft sie dann auf europäischer Ebene jedes Mal auf Zwergengestalt, wenn es dort um Entscheidungen geht?

(Beifall bei der CDU/CSU – Gustav Herzog [SPD]: Herr Kollege, sagen Sie doch mal was Sachliches!)

– Ich kann Ihnen gerne noch weitere solche sachlichen Punkte vortragen, Herr Kollege.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht solche Sachen, sondern Sachliches!)

Die Ministerin greift auch persönlich in die deutsche Forschung ein. Sie hat durch direkten persönlichen Einfluss – das werden Sie hoffentlich nicht vergessen haben – die Forschung in Pillnitz und in Quedlinburg im vergangenen Jahr verboten, obwohl alle Fachleute gesagt haben, dass die Forschung, die dort geleistet wird, Spitzenniveau hat. Frau Künast hat persönlich verboten, dass wir solche Erfahrungen in Deutschland machen dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Auch an anderen Standorten werden die Wissenschaftler zunehmend behindert. Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen. Die Forschungen im Rahmen des Napus-Projektes – das sind Forschungen an Rapspflanzen und anderen Ölpflanzen – haben zu weltweit beachteten Ergebnissen geführt. Jetzt lässt das BMBF dieses Projekt auslaufen, ohne entsprechende Anschlussprojekte zu finanzieren.

Ein zweites Beispiel ist das Pflanzengenomforschungsprojekt GABI, das vom Bundeskanzler persönlich vor Jahren in höchsten Tönen gelobt wurde. Inzwischen haben Sie die Mittel für dieses Projekt auf die Hälfte zusammengestrichen. Das sind konkrete Beispiele für Ihren Versuch, die Gentechnik in Deutschland zurückzufahren und die Forscher um ihre Chancen zu bringen.

Lassen Sie mich noch ein drittes Beispiel anführen. Während Sie in der Forschung – wie eben beschrieben – den Geldhahn zudrehen, fördern Sie Projekte von Gentechnikgegnern aus Steuermitteln. Das BfN fördert ein Projekt des BUND, der im Internet schreibt:

Der beste Weg, Probleme mit der Gentechnik zu vermeiden, ist, die Gentechnik zu vermeiden. Und hier sind gentechnikfreie Regionen die ideale Lösung.

So macht sich die Bundesregierung zum willfährigen Werkzeug der Gentechnikgegner. Statt neuer Erkenntnisse fördern Sie die Verhinderer und Blockierer. Das eben ist der falsche Weg; ihn sollten wir in Deutschland nicht beschreiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das international anerkannte deutsche Saatzuchtunternehmen KWS aus Einbeck hat kürzlich mitgeteilt, dass es bei Mais auf dem internationalen Markt inzwischen 50 Prozent als GV-Saatgut – das heißt gentechnisch verändertes Saatgut – verkauft. Ich frage Sie in diesem Zusammenhang: Wo, meinen Sie, ist dafür die Forschung angesiedelt? Wo, meinen Sie, befinden sich die Felder der Saatgutvermehrung? Wo, meinen Sie, sind die damit zusammenhängenden **Arbeitsplätze** entstanden?

Mit der Einstellung, die Sie gegenüber der Gentechnik in den vergangenen Jahren vertreten haben, vertreiben Sie die vorhandenen Potenziale aus dem Land, statt hier bei uns die bestehenden Möglichkeiten zu entwickeln.

Ministerin Künast hat im Übrigen – auch das ist eben schon angesprochen worden – vor dem Bundesrat selbst die Mängel ihres Gentechnikgesetzes schriftlich eingestanden. Sie hat in einer Sechs-Punkte-Erklärung zugesichert, diese Mängel umgehend abstellen zu wollen. Ich frage Sie: Welche Aktivitäten sind bisher erfolgt, die deutlich machen, dass diese sechs Punkte in das Gentechnikrecht eingebracht werden sollen?

Frau Künast hat in der Erklärung beispielsweise fest zugesagt, den **Erprobungsanbau der Bundesländer** aus dem vergangenen Jahr in 2005 unter Führung des BMVEL über ganz Deutschland verteilt fortzusetzen. Doch wo bleiben Ihre Verhandlungen mit den Bundesländern in dieser Sache? Wo ist das Programm? Wo sind die Standorte? Wer übernimmt das begleitende Monitoring? Nichts davon wurde bisher realisiert. Das zeigt, dass Sie an dieser Entwicklung nicht ernsthaft interessiert sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zusätzlich verzögert die Ministerin auch noch die Zulassung neuen Saatguts, obwohl die Prüfungen beim Bundessortenamt längst positiv abgeschlossen sind und entsprechende Sorten in Spanien und Frankreich seit Jahren kommerziell angebaut werden. Wohin man auch schaut, wird Ihre Verhinderungstaktik deutlich.

Im zentralen Punkt der **Haftungsregelungen** hat Ministerin Künast in ihrer Sechs-Punkte-Erklärung zugesichert, sich für einen Haftungsfonds oder – man höre und staune! – eine Versicherungslösung einzusetzen. Bisher haben wir von Ihnen immer wieder die Auskunft erhalten, eine Versicherungslösung sei nicht möglich. Frau Künast erklärt nun, sie wolle sich bei der Versicherungswirtschaft für eine Versicherungslösung einsetzen.

(Renate Künast, Bundesministerin: Lesen, Herr Heiderich! Lesen erleichtert die Rechtsfindung!)

Wann beginnen Sie denn mit dem, was Sie angekündigt haben?

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Sie wollen nur Porzellan zerschlagen, Herr Heiderich, oder?)

Mein nächstes Beispiel ist bereits angesprochen worden. Hinsichtlich der Zukunftsorientierung wäre es von Vorteil, wenn wir uns ein wenig am Nachbarland Holland ausrichten würden.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Richtig! Ein wenig!)

In **Holland** hat man – das ist ein hervorragendes Beispiel – alle Beteiligten, einschließlich der von Ihnen erwähnten Ökoverbände, an einen Tisch geholt und gemeinsam eine ebenso pragmatische wie einfache Lösung gefunden. Durch pflanzenspezifische Festlegung von Abstandsregeln, zu deren Einhaltung sich die Landwirte verpflichten, hat man ein Problem einvernehmlich gelöst, das Sie hier in Deutschland zu dem

bekanntem und von Ihnen verabschiedetem Gentechnikverhinderungsgesetz genutzt haben. Ich denke, Lösungen wie die in Holland sind viel zukunftsfähiger. Solche Überlegungen sollten deshalb in einem Änderungsgesetz berücksichtigt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Zweite Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts bietet dafür die beste Gelegenheit.

Wie weit Sie sich inzwischen mit Ihrer Einstellung von der Realität entfernt haben, zeigt ein Blick auf das Bundeskabinett. So hat Wirtschaftsminister Clement vor wenigen Wochen öffentlich erhebliche Vorbehalte gegen das neue Gentechnikgesetz geäußert und mit Nachdruck davor gewarnt, in der Grünen Gentechnik den Anschluss zu verlieren. Wörtlich: „Eine Tabuisierung einzelner Technologien können wir uns nicht leisten.“ Anschließend hat er ausdrücklich festgehalten, dass er mit Ministerin Künast in dieser Sache nicht übereinstimme.

Der Bundeskanzler selbst, Ihr Regierungschef, hat kürzlich hier in Berlin festgestellt, dass es im deutschen Parlament eine Zurückhaltung bezüglich aller Fragen der Gentechnik und deren Entwicklung gibt. Daraus hat er den Schluss gezogen, dass dies Deutschland auf den Märkten der Welt schwäche sowie Forschung und Entwicklung in Deutschland nicht befördere. Volle Übereinstimmung, Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, es ist nun an Ihnen, den Worten des Bundeskanzler zu folgen und die gesetzlichen Regelungen entsprechend zu ändern; denn das Gentechnikgesetz ist eine Vorlage Ihrer Regierung und deswegen von Ihnen neu zu fassen.

Bisher ist der von Ihnen vorgelegte Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts nicht mehr als ein Placebo. Außer zwei kleinen Verfahrenserleichterungen – Frau Kollegin Drobinski-Weiß, wir, die CDU/CSU, sind übrigens schon vor drei Jahren initiativ geworden und haben diese Erleichterungen vorgeschlagen – ist nichts Positives festzustellen. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie deutsche Spitzenforschung an der Ignoranz einer Ministerin und ihrer Getreuen zerbricht. Wir dürfen Deutschland nicht vom Fortschritt abriegeln. Wir müssen dafür sorgen, dass das Zweite Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts so gefasst wird, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern in Europa auf dem wichtigen Feld dieser Zukunftstechnologie wettbewerbsfähig wird.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Ulrike Höfken, Bündnis 90/ Die Grünen.

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Zweiten Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts, das als Entwurf vorliegt – dem muss der Bundesrat zustimmen –, werden weitere wichtige EU-Vorgaben umgesetzt: Vorgaben zur Unterrichtung der Öffentlichkeit oder Vorschriften darüber, welche Angaben zur Risikobewertung oder zum Monitoringplan ein Gentechnikbetreiber in seinem Zulassungsantrag machen muss. Ich hoffe, dass die Ergänzungen zum bisher geltenden Gentechnikgesetz schnell verabschiedet werden.

Es ist zu betonen, dass das rot-grüne Gentechnikgesetz die Forschung unterstützt und gleichzeitig die Menschen vor gesundheits- oder umweltbezogenen Verstößen schützt, wie sie die Opposition quasi fordert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Denn die CDU/CSU verlangt in ihrem Antrag – genauso wie die FDP – von der Bundesregierung, die EU-Kommission zu überreden, dafür zu sorgen, dass Auskreuzungen aus Freisetzungsexperimenten keine Zulassung mehr brauchen und so in den Verkehr gebracht werden können, wohlgerne aus Experimenten, also Konstrukte, die sich noch in der wissenschaftlichen Entwicklung befinden.

Man stelle sich einmal Folgendes vor: Eine Forschungsanstalt betreibt einen Versuchsacker mit Pharmapflanzen und einige Gene wandern quasi auf das Nachbarfeld. Die CDU/CSU möchte nun das, was dort gefunden wird, in die Babynahrung oder auf den Teller bringen. Das ist doch unglaublich. Seit Jahren gibt es EU-Gesetze, die genau das nicht zulassen. Das heißt, Sie verlangen von der Ministerin einen regelrechten Verstoß gegen geltendes Recht und gegen den gesunden Menschenverstand. Gott sei Dank würde die Ministerin so etwas niemals unterstützen, genauso wenig wie wir.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Diese absurde Forderung wurde aber auch von verschiedenen Forschungsgesellschaften vorgebracht. Wir sind daher – ich denke, das betrifft nicht nur uns Grüne, sondern auch die SPD-Fraktion – in langen Gesprächen zum Beispiel mit Professor Winnacker jeden einzelnen Paragraphen durchgegangen und haben sämtliche Vorwürfe der angeblichen Forschungsfeindlichkeit im Gentechnikgesetz widerlegt. Wenn diese

Forderung nun wiederholt wird, muss es sich um eine tendenziöse Beratungsresistenz handeln. Das hat mit dem Gesetz überhaupt nichts zu tun.

Keine Regelung im neuen Gentechnikgesetz behindert ein mit der üblichen Sorgfalt geplantes Forschungsvorhaben. Im Gegenteil: Der heute vorliegende Gesetzentwurf sieht sogar **Erleichterungen im Forschungsbereich** vor, und zwar für die Forschung im geschlossenen System, die wir im Übrigen klar unterstützen. Wenn bei Freilandversuchen die schon seit mehreren Jahren nach geltendem Recht vorgeschriebenen Sicherheitsauflagen eingehalten werden, können Auskreuzungen auf benachbarte landwirtschaftlich genutzte Felder vermieden werden. Die Wirtschaft hat immer gesagt, dass sie diese Auflagen einhalten könne. Ein Haftungsfall würde also gar nicht eintreten. Aber selbstverständlich kann Forschungsfreiheit nicht bedeuten, dass Wissenschaftler die Freiheit haben, das Eigentum oder die Gesundheit anderer zu beschädigen.

Die Haftungsregelungen in der bisher erfolgten Gesetzgebung sind daher keine unbillige Verschärfung anlässlich der Gentechnikgesetzgebung. Der verschuldensunabhängige Ansatz ist bereits im Nachbarschaftsrecht verankert. Es handelt sich um nichts anderes als die Anwendung des **Verursacherprinzips** und des Prinzips, dass jemand, wenn ihm durch die Tätigkeit eines anderen ein Schaden zugefügt wird, zu entschädigen ist. Wenn Sie wollen, dass die große Mehrheit der Bauern hier vom geltendem Recht ausgeschlossen wird, dann sollten Sie das auch ganz deutlich sagen.

Die bisherigen Erfahrungen widersprechen im Übrigen all dem, was Herr Heiderich hier vollmundig vorgebracht hat. Es wird der Eindruck erweckt, im weltweiten Agrogentechnikgeschäft gebe es nur eine kleine uneinsichtige Minderheit, die gegen den Durchmarsch der Gentechnik in diesem Bereich eintritt,

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Richtig! Fragen Sie Clement! Fragen Sie den Bundeskanzler!)

was vollkommener Unsinn ist.

Rund 85 Prozent der Anbaufläche liegt in zwei Ländern und ein einziges US-amerikanisches Unternehmen, nämlich Monsanto, verfügt über mehr als 90 Prozent Marktanteil an den kommerziell angebauten gentechnisch veränderten Sorten. Das heißt umgekehrt, dass auf über 95 Prozent der Anbaufläche keine gentechnisch veränderten Pflanzen wachsen.

Was aber weltweit ansteigt, ist der Widerstand gegen diese Technik und damit gegen die Großkonzerne, die sich aggressiv über die Interessen der Landwirte und Verbraucher hinwegsetzen wollen. Denn die Erfahrungen in der landwirtschaftlichen **Praxis in den USA**, aber genauso in Argentinien – damit komme ich auf die neuen Studien, Herr Heiderich; das werde ich Ihnen nicht ersparen – belegen, dass sich die Versprechungen in Bezug auf weniger Umweltgifte und höhere Erträge nicht realisiert haben. Nach zahlreichen Studien in den USA mussten bei GVO-Mais und GVO-Raps nicht etwa weniger Pestizide, sondern im schlechtesten Fall mehr Pestizide eingesetzt werden als bei konventionellen Sorten.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Fahren Sie mal nach China!)

Höhere Erträge konnten langfristig im Schnitt mit keiner der beschriebenen und von Ihnen immer angeführten gentechnisch veränderten Pflanzen erreicht werden, und das, obwohl dieses Saatgut deutlich teurer ist. Obendrein hat Monsanto wegen Patentverletzungen mehr als 90 Klagen gegen Landwirte und kleine Wirtschaftsunternehmen erhoben.

(Abg. Helmut Heiderich [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Ich lasse keine Zwischenfragen zu. Sonst bekommt Herr Schmidt eine Krise.

Monsanto macht sich im Übrigen auch bei der Wirtschaft nicht beliebt. Investmentgruppen warnen schon, Monsanto sei an der Börse zu hoch notiert. Die Begründung lautet, man betreibe eine Marktstrategie gegen die Interessen der Verbraucher und mögliche Regressforderungen durch ungewollte Ereignisse gefährdeten das Unternehmen.

In Argentinien – um auch darauf zu sprechen zu kommen – ist der Einsatz von Totalherbiziden massiv angestiegen. Dasselbe gilt für den Einsatz von Stickstoffdünger. Probleme gibt es auch im sozialen Bereich. Der „WWF-Bericht“ stellt fest:

Die Kombination aus ökonomischen Krisen und der Vertreibung von kleinen Bauern und Landarbeitern durch die zunehmende Mechanisierung des Sojaanbaus führte zu einem Verlust an Nahrungssouveränität und erhöhte Armut und Hunger.

Das sei noch als Reaktion auf Ihre Dauerbotschaft, mit Gentechnik könne man den Hunger beseitigen, gesagt.

Ich komme zum Schluss. Wer wie die CDU, die CSU und die FDP die weiträumige Verunreinigung von Flächen und Lebensmitteln durch gentechnisch veränderte Pflanzen aktiv betreiben will

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/ CSU)

und den angemessenen Schutz, den wir verankern wollen, hintertreibt,

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Fragen Sie doch Herrn Clement!)

der handelt nicht nur gegen die Interessen der Verbraucher,

(Zuruf von der CDU/CSU: Sondern auch gegen den Bundeskanzler!)

sondern behindert auch massiv die Wahlfreiheit. Das nenne ich nach wie vor Freiheitsberaubung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Helmut Heiderich [CDU/ CSU]: Unerträglich!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Christel Happach-Kasan, FDP-Fraktion.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Höfken, ich glaube, Sie blenden die Wirklichkeit aus.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wer Pollenflug als Verunreinigung bezeichnet, der weiß nicht, was Natur ist.

Wir, die FDP, lehnen diesen Gesetzentwurf ab. Wir werden uns im Vermittlungsausschuss für eine grundlegende Änderung dieses Gesetzes wie auch des Ersten Gentechnikgesetzes einsetzen. Ich will noch hinzufügen: Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein vergrößert unsere Möglichkeiten. Ich bin da sehr zuversichtlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Machen Sie wieder Wahlkampf?)

Wir wollen, dass gentechnische Forschung auch in Deutschland weiterhin möglich ist. Wir wollen, dass Professor Jung von der CAU in Kiel nicht der einzige Leibniz-Preisträger bleibt, und wir wollen, dass seine Ergebnisse auch in Deutschland genutzt werden können. Wir wollen, dass auch in Deutschland Landwirte die Möglichkeit erhalten, transgene Sorten zu nutzen, um damit am Züchtungsfortschritt teilzuhaben. Ob sich diese Sorten durchsetzen, entscheidet ihre Qualität, nicht eine rot-grüne Regierung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Züchtungsmethode „Grüne Gentechnik“ ist – das merkt man ein bisschen – politisch noch immer heiß umstritten; in der Bevölkerung nimmt die Polarisierung jedoch ab. Anders kann man wohl nicht erklären, dass die Bürgerinitiative für ein gentechnikfreies Schleswig-Holstein es nicht geschafft hat, die erforderlichen 20 000 Stimmen zu sammeln. Anders lässt sich wohl auch nicht erklären, dass wir in Deutschland in diesem Jahr erstmals 1 000 Hektar Bt-Mais haben werden.

Das bedeutet, dass die gesamte politische Aufregung über dieses Thema ihre Ursache allein in machtpolitischen Erwägungen hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie, die Grünen, können es sich nicht leisten, zuzugeben, dass Ihnen Ihr Paradethema, der Kampf gegen die Züchtungsmethode „Grüne Gentechnik“, zwischen den Händen zerrinnt. Die vermeintlichen Argumente, die Sie immer wieder anführen, fallen wie ein Kartenhaus zusammen:

Erstens: Ablehnung durch die Bevölkerung. Sie haben es aber nicht geschafft, in Schleswig-Holstein die für eine Volksinitiative erforderlichen 20 000 Stimmen zusammenzubekommen.

(Gustav Herzog [SPD]: Dafür gewinnen wir die Wahl!)

– Die Grünen gewinnen die Wahl mit Sicherheit nicht, mein lieber Kollege.

Zweitens: Gesundheit. Selbst Verbraucherschutzministerin Renate Künast sieht keine Anhaltspunkte für Gefährdungen.

Drittens: Ökologie. Seit 1987 wird in Deutschland biologische Sicherheitsforschung betrieben. Es gibt keine Ergebnisse, die gegen diese Züchtungsmethode sprechen.

Viertens: Entwicklungspolitik. Frau Kollegin Höfken, blenden Sie doch nicht die Ergebnisse aus: In China und Indien ist Bt-Baumwolle ein Erfolgsprogramm.

(Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerade die hat massiven Schaden angerichtet!)

Die Beurteilung dieser Ergebnisse durch die FAO besagt ganz klar, dass die Kleinbauern in China und in Indien dadurch einen entscheidenden Fortschritt gemacht haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zurufe von der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Stellen Sie eine Frage oder halten Sie den Mund!

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie eigentlich nicht lesen?)

Fünftens: Pflanzenschutzmitteleinsatz. Über den Erfolg neuer Sorten entscheidet der Geldbeutel: Neue Sorten setzen sich nur durch, wenn sie Vorteile gegenüber älteren Sorten haben. Teure Sorten rentieren sich nur, wenn die Erträge besonders hoch sind bzw. wenn der Pflanzenschutzmitteleinsatz besonders niedrig ist. Es ist eindeutig: Die Anbauflächen werden in jedem Jahr ausgeweitet.

Schließlich zu dem schönen Argument von der Macht der Konzerne: Es ist doch völlig absurd, die Macht global wirkender Konzerne über die Ächtung einer Züchtungsmethode begrenzen zu wollen. Wo leben wir denn? Das ist albern.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, es ist nun einmal so, dass die FDP drei Minuten Redezeit hat. Ihre Redezeit ist überschritten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Hans-Michael Goldmann [FDP]: Aber es war doch interessant, Frau Präsidentin, nicht?)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Ich komme zum letzten Satz. – Gleichwohl setzt Rot-Grün mit der Vorlage des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts seinen Weg fort, heimische Betriebe daran zu hindern, die Vorteile gentechnisch veränderter Sorten zu nutzen. Den minimalen Verfahrenserleichterungen stehen an anderer Stelle erhöhte bürokratische Anforderungen gegenüber. Sie sind nicht zu rechtfertigen. Wir lehnen das Gesetz ab.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 15/4834 und 15/4828 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.